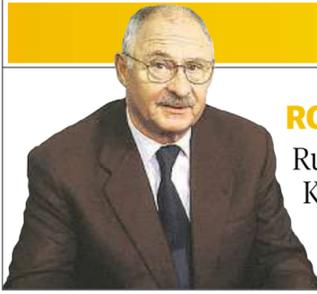


RHEINISCHE POST

ZEITUNG FÜR POLITIK UND CHRISTLICHE KULTUR



ROLF SCHIMPF

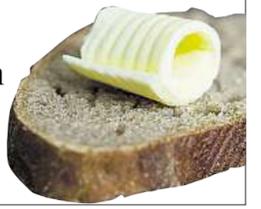
Rund 20 Jahre ermittelte er in der Krimiserie „Der Alte“. Jetzt wird der Schauspieler 100. Kultur

DUBIOSE VORWAHLEN

Die Polizei warnt vor neuen Betrugsanrufen aus dem Ausland. NRW

BUTTERPREIS

Fast 40 Prozent mehr müssen Kunden im Supermarkt bezahlen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Wirtschaft



DÜSSELDORF

LOKALES

Zu wenig Tierärzte in der Stadt



Veterinärmedizinerinnen sehen unter anderem in der Digitalisierung eine Chance gegen Überlastung und ausufernde Arbeitszeiten.

SEITE C1

BÜCHER

Junge Leute lesen anders

Tiktok und Co. beeinflussen das Leseverhalten von Kindern und Jugendlichen. Düsseldorf Buchhändler sind aber trotzdem nicht besorgt

SEITE C5

DÜSSELDORFER SÜDEN

Quatschkopp im Disco-Fieber

Kerstin Wirtz repräsentiert in dieser Session die Karnevalsgesellschaft Reisholzer Quatschkopp und hat sich ein glitzerndes Motto ausgesucht.

SEITE C8

ZITAT

„Wir haben nicht nur daneben gestanden. Als katholische Kirche sind wir Teil des Ganzen gewesen.“

Jörg Lüer, Historiker, über die Rolle der Kirche zu Zeiten des Sklavenhandels

WETTER

Häufig grau, nur örtlich etwas Sonne



RP KONTAKT
Leserservice 0211 505-1111, Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
www.rp-online.de/Leserservice
Anzeigenservice
0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
anzeigen.rp-online.de

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Nach dem Präsidenten der Papierindustrie, der Bundeswahlleiterin und der stellvertretenden Vorsitzenden des Hundesportvereins „Halt die Schnauze e.V.“ hat sich nun der Kapitän der Fußballnationalmannschaft, Joshua Kimmich, zur sogenannten Weltlage (Trump, Marco Buschmanns Song, Wahltermin) geäußert. Diese wird von anerkannten Experten wahlweise als dramatisch, kritisch oder existenziell bedrohlich eingeschätzt. Kimmich sagte, die Regierungskrise sei auch in der DFB-Kabine ein Thema: „Der eine kennt sich besser, der andere schlechter aus.“ Dass der Verteidigungsexperte Kimmich oftmals auf der rechten Seite eingestuft wird, gilt demnach als politisch unverdächtig. her



4 190586 802801 4 0 0 4 6



BUNDESTAG

Der Wahlkampf kann beginnen

Kanzler Olaf Scholz hat in seiner Regierungserklärung das Ampel-Aus verteidigt. Er warnte vor einer Spaltung des Landes und rief dazu auf, in der Politik weiter auf Kompromisse zu setzen. Oppositionsführer Friedrich Merz hatte eine saftige Antwort parat. **Leitartikel, Politik**

Großdemo gegen Sparpläne in NRW

Mehr als 30.000 Menschen protestieren in Düsseldorf gegen Kürzungen im sozialen Bereich. Die Städte warnen, sie könnten für wegbrechende Landesmittel nicht einspringen. Die SPD wirft Schwarz-Grün falsche Prioritäten vor.

VON SINA ZEHRFELD

DÜSSELDORF Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) machte sich nicht unbedingt Freunde damit, etwas Gutes in dem frustrierten Protest zu sehen, mit dem er es am Mittwoch zu tun hatte. „Ich hab' natürlich Verständnis dafür, dass hier heute demonstriert wird“ – es sei ein Zeichen einer lebendigen Demokratie, sagte der Minister. Er erntete Buh-Rufe und das Gellen von Trillerpfeifen.

Mehr als 30.000 Menschen protestierten in Düsseldorf auf den Rheinwiesen gegenüber dem Landtag unter dem Motto „NRW bleib sozial“ gegen den Plan der schwarz-grünen Landesregierung, im sozialen Bereich den Rotstift anzusetzen. Für Angebote für Familien und Senioren, für Sucht-, Flüchtlings- oder Schuldnerhilfe sollen Mittel gestrichen werden. Wohlfahrtsverbände kritisieren Einschnitte über rund 83 Millionen Euro im Haushalt für das kommende Jahr. Anja Weber, Vorsitzende des Deutschen Ge-

werkschaftsbunds in NRW, nannte die Planungen bei der Kundgebung eine „Kampfansage dieser Landesregierung“: „Wenn das so bleibt, wird unser Land anders“, warnte sie. Die soziale Infrastruktur werde zerstört. „Man kann Armutsprävention, man kann soziale Sicherheit nicht aus- und anknietsen.“

Sozialminister Laumann verteidigte die Strategie der Landesregierung: Sie müsse mit dem Geld auskommen, das sie einnehme, und man könne soziale Standards nur halten, wenn es wieder Wirtschaftswachstum gebe. „Ich hoffe, dass ich dann in der Lage bin, Kürzungen, die ich jetzt leider vertreten muss, wieder zu korrigieren“, sagte der Minister. NRW stecke überdies mehr Geld als früher in Schulen, Kitas und sozialen Wohnungsbau.

Familien- und Fluchtministerin Josefine Paul (Grüne) drückte ihr Bedauern aus: „Das ist auch für mich – und ich weiß, für Sie noch viel mehr – eine schwierige Situation“, wandte sie sich an die Menge. Man werde um Gelder ringen, „wenn die Situa-

tion in den öffentlichen Haushalten sich irgendwann wieder verbessert“.

Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) war nicht als Redner vertreten. Er hatte die Sparpläne am Vortag noch verteidigt. Man müsse Prioritäten setzen: „Da sind Dinge notwendig, die schmerzen.“ Es koste eben viel Geld, Energiekosten abzufedern, Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst zu finanzieren,

INFO

Freie Wohlfahrtspflege steht hinter der Aktion

Anstoß Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hatte zur Kundgebung aufgerufen. Darin sind Organisationen wie Caritas, Diakonie und Arbeiterwohlfahrt vertreten.

Kampagne „NRW bleib sozial“ ist eine Kampagne. Eine große Demo gab es bereits im Oktober 2023 vor dem Landtag.

Schulden zu tilgen und in Bildung zu investieren. Oppositionsführer Jochen Ott (SPD) wollte dies nicht gelten lassen. „Wer gestern 400 Millionen zusätzlich für Innere Sicherheit ausgeben kann, der hat auch 100 Millionen zusätzlich für soziale Sicherheit“, befand er.

Unterschiedliche Organisationen bekundeten ihre Solidarität mit dem Protest. Die Gewerkschaft Verdi sprach von Sparmaßnahmen in nie da gewesener Größenordnung, der Sozialverband VdK warnte vor dramatischen Auswirkungen. Die Lebenshilfe beklagte einen „Rückschritt bei der Inklusion“. Bei Maßnahmen, die für Menschen mit Behinderungen essenziell seien, würden 6,7 Millionen Euro gekürzt.

Soziale Beratungsangebote würden verstärkt nachgefragt, hieß es vom Städtetag NRW. „Niemand mag sich vorstellen, dass diese etablierten Strukturen dauerhaft zusammengeknüpft werden oder gar wegbrechen“, sagte der Vorsitzende Thomas Eiskirch. Deshalb entstehe fast immer die Erwartung,

dass die Städte als „Ausfallbürgen“ einspringen. Das sei aber vielfach nicht möglich.

Bei der Demonstration selbst waren viele Akteure aus dem Sozialen Bereich, die Einschnitte aus ihrer Praxiserfahrung fürchten. „In diesem Sommer mussten wir alle Ankommenskurse für Geflüchtete komplett streichen. Von jetzt auf gleich auf Null zurückfahren, weil der Fördertopf dafür um die Hälfte reduziert wurde“, sagte etwa Marcel Fischell, Geschäftsführer des Evangelischen Bildungswerks in Duisburg. Man müsse sich nicht wundern, wenn die Integration auf der Strecke bleibe. Besonders zahlreich waren Kita-Beschäftigte vertreten, die ihre Häuser auch ohne weitere Kürzungen am Limit sehen. „Wir haben immer Personalnot. Wir arbeiten immer mit dem Minimum“, schilderte eine Einrichtungsleiterin aus Düsseldorf. Bildung sei gar nicht mehr möglich, befand eine andere: „Es ist nur noch Betreuung und schauen, dass am Ende alle heile nach Hause kommen.“

NRW besorgt wegen US-Zollpolitik

Der Machtwechsel in den Vereinigten Staaten könnte hiesige Firmen hart treffen.

VON MAXIMILIAN PLÜCK

DÜSSELDORF In Düsseldorf hat der Landtag über die Folgen der erneuten Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten debattiert. Dabei herrschte Einigkeit darüber, dass angesichts von 1700 US-Unternehmen, die in NRW tätig seien, und der Bedeutung der USA als Absatzmarkt hiesiger Firmen man weiter eng miteinander zusammenarbeiten müsse. Allerdings warfen insbesondere Vertreter der CDU der Bundesregierung vor, diese habe sich nicht ausreichend auf einen Wahlsieg Trumps vorbereitet. Als Startrampe dafür nutzte der Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski (CDU), die Kritik seines Vorredners Alexander Vogt. Der SPD-Fraktions-

vize hatte Liminski vorgeworfen, sich bei dessen USA-Besuch vor wenigen Wochen mit Vertretern des Trump-nahen Thinktanks Heritage-Foundation getroffen zu haben. Liminski sagte dazu: „Während wir mit beiden Lagern gesprochen haben, hat sich die Bundesregierung auf das Cheerleading für Kamala Harris beschränkt.“

Ähnlich wie der Chef der Staatskanzlei argumentierte der CDU-Abgeordnete Klaus Vossmeier. Der nannte die Außenpolitik von Olaf Scholz einfältig. Dabei müsse das Verhältnis zu den USA gepflegt werden, egal, wer im Weißen Haus regiere. Liminski unterstrich noch einmal, die USA seien nach wie vor der Garant europäischer Sicherheit – nach innen, wie nach außen. „Zahl-

reiche Terrorschläge in Deutschland, auch hier in NRW, konnten nur dank der rechtzeitigen Hinweise von US-Nachrichtendiensten vereitelt werden.“ Allerdings riet auch er dazu, sich auf die historische Zäsur vorzubereiten.

Berivan Aymaz, Grünen-Politikerin, warnte vor den Folgen des angekündigten Austritts der USA aus dem Pariser Klimaabkommen und den Plänen, wieder verstärkter nach fossilen Energieträgern wie Öl und Gas zu bohren. SPD-Fraktionsvize Vogt kritisierte, dass Vertreter der Regierungskoalition keine Maßnahmen skizzieren könnten, wie die hiesige Industrie geschützt wird. Er forderte: „Einen Handelskrieg mit den USA zu beginnen, darf keine Option sein.“

Politik

IAEA will mehr Einblick in Irans Atomprogramm

BAKU (dpa) Angesichts der angespannten Lage im Nahen Osten will der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, um mehr Einblick in das iranische Atomprogramm kämpfen. „Mein Ziel ist es, dass der Iran mehr mit uns kooperiert und den Grad an Transparenz gewährt, den wir für notwendig halten. Denn obwohl die IAEA im Iran Inspektionen durchführt, sind wir eingeschränkt in dem, was wir tun“, sagte Grossi auf der Weltklimakonferenz in Aserbaidschan. Er will am Donnerstag in Teheran Gespräche mit dem iranischen Präsidenten Massud Peseschkian führen.

Unterdessen will die US-Regierung trotz der katastrophalen humanitären Lage im Gazastreifen weiterhin militärische Unterstüt-

zung an Israel leisten. Auch nach Ablauf der von ihr gesetzten Frist zur Verbesserung der Situation in dem abgeriegelten Küstenstreifen an diesem Mittwoch werde die Militärhilfe vorerst nicht eingeschränkt, sagte der Sprecher des US-Außenministeriums, Vedant Patel, auf Nachfrage von Journalisten in Washington. Die US-Regierung hatte Israel Mitte Oktober aufgefordert, die humanitäre Lage im Gazastreifen innerhalb von 30 Tagen erheblich zu verbessern. Andernfalls drohe ein Verstoß gegen US-Gesetze zur militärischen Unterstützung. „Wir haben nicht festgestellt, dass sie gegen das US-Recht verstoßen. Wir werden das jedoch weiterhin beobachten und genau aufpassen“, erklärte Patel.

Politik